Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

7.8.1924 (No. 183)

Visual Library

№ 183 Donnerstag, den 7. August 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Die Minderheiten-Gesetze in Polen

Aus **Warschau** wird uns geschrieben:

In Abwesenheit der **Minderheiten-Fraktionen**, die weder bei der Vorbereitung der Minderheiten-Gesetze noch bei deren Ausschuß-Beratung zugegen waren (!), hat der **Sejm** jene Gesetze **endgültig angenommen.** Es handelt sich um 3 Gesetze, welche die **Amtssprache der Behörden**, die **Gerichtssprache** und das **Schulwesen betreffen**; sie erstrecken sich ausschließlich auf die Minderheiten in den **Ostgebieten** (Ruthenen, Weißrussen und Litauer). Von den Rechtsparteien absichtsvoll als neue Beweise polnischer Toleranz gefeiert, wurden sie sowohl von diesen wie von der Witospartei in Bausch und Bogen gebilligt. Den Linksparteien erschienen sie mehr als ein Anfang zur Lösung der Minderheitenfrage. Die Minderheiten-Fraktionen selbst hatten einschließlich der nicht unmittelbar beteiligten deutschen und jüdischen Fraktion ursprünglich beschlossen, **gegen** die Entwürfe zu stimmen. Diese Haltung, durch Entfernung vor der Abstimmung noch schärfer gekennzeichnet, ist um so begreiflicher, je mehr die angebliche Toleranz, von der die Gesetze Zeugnis ablegen sollen, sich bei einiger Prüfung als ein Schaugericht erweist.

Das macht schon das Gesetz über die **Amtssprache der Behörden** offenkundig. Wenn es die polnische Sprache zur Amtssprache erklärt, Eingaben in der Sprache von Ruthenen, bezw. Weißrussen, bezw. Litauern nur den Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz entgegenzunehmen gestattet, so hat diese Regelung die ungeheuerliche Folge, daß für die höchsten Behörden die Sprache der Minderheiten künftig nicht existieren soll! Und das in einem Staatswesen, das tatsächlich ein **Nationalitätenstaat** ist! Noch offener tritt die Absicht der Polonisierung in der Bestimmung hervor, daß die Gemeinde-, Stadt- und Kreiskörperschaften neben der Staatssprache den Gebrauch der Muttersprache von Seiten der Ruthenen usw. zulassen können. Es soll also auch in ausschließlich ruthenischen usw. Gemeinden dem Eindringen der polnischen Sprache eine freie Bahn geschaffen werden! Am unverhülltesten aber zeigt sich die Polonisierungtendenz in Artikel 7, der bei der Eisenbahn- und Postverwaltung den Gebrauch der ruthenischen usw. Sprache ausschließt und selbst im mündlichen Schalterverkehr die Muttersprache der Minderheiten nur „nach Bedarf und Möglichkeit" zuläßt. Damit ist der Verwaltungswillkür Tür und Tor geöffnet; was das gerade in Polen bedeutet, ist schon beinahe sprichwörtlich geworden.

Auch **Gerichtssprache** soll allein die polnische Sprache sein, die ruthenische usw. Sprache ist nur für Zeugenvernehmungen, für die Anklageschrift und ähnliches auf dem Umwege über einen Dolmetscher zulässig, und die Anklageschrift wird bloß auf Wunsch der Parteien ins Ruthenische usw. übersetzt. Da hiernach auch bei den Notariaten verfahren werden soll, tritt der Wunsch, die **Rechtspflege als Mittel zur Polonisierung** zu gebrauchen, klar hervor.

Nicht anders steht es mit dem Gesetz über die Organisation des **Schulwesens.** Der entscheidende Artikel 2 erklärt als Grundtyp der staatlichen Schulen die „gemeinsame Schule, die die Kinder polnischer und nichtpolnischer Nationalität in gegenseitiger Achtung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten zu guten Staatsbürgern erzieht." — Entsprechend diesem Grundsatz sehen die Artikel 3 bis 9 für Volksschulen, höhere Schulen, Lehrerseminare und Berufsschulen „nach Möglichkeit" das **zweisprachige** System vor, wobei als Norm für die Einführung der dem Verkümmern überantworteten ruthenischen usw. Sprache der amtlich festgestellte Wunsch der Eltern von wenigstens 40 Kindern der betreffenden Nationalität gilt. Hier eröffnen sich für die Verwirklichung der Polonisierungsbestrebungen des Gesetzes dank der zu schneller Berühmtheit gelangten polnischen Verwaltungsschikane ungeahnte Aussichten! Diese verringern sich auch nicht deshalb, weil nach Artikel 1 **Privatschulen** für ruthenische usw. Kinder mit ruthenischer usw. Unterrichtssprache unter den gleichen Bedingungen errichtet werden können, wie Privatschulen mit polnischer Unterrichtssprache; denn wie oft werden die finanziellen Verhältnisse die Errichtung solcher Privatschulen gestatten? Daß den Minderheiten die natürliche Spitze aller Unterrichtsanstalten, die **Universität**, in dem Entwurf nicht zugebilligt, sondern mit Stillschweigen übergangen wird, paßt zum Ganzen; den Minderheiten auch von der Seite des Universitätsunterrichts her das Wasser abzugraben, ist ja ebenfalls ein Erfordernis der zielbewußten Polonisierung, die Polen mit seinen „Reform"-Gesetzen betrieben hat.

Die Minderheiten konnten für solche Gesetzgebungskünste keine andere Antwort haben, als die Ablehnung in schroffster Form.

Die deutschen Forderungen in London

Ein Begleitschreiben

Die **deutsche Delegation** in London hat ihre Bemerkungen zu den ihr übergebenen Kommissionsberichten am Mittwoch der Konferenz übermittelt. In einem **Begleitschreiben** an den Präsidenten der Konferenz, Macdonald, hat sie gleichzeitig die **Erörterung der politischen Frage angeregt**, die bisher die Konferenz offiziell nicht beschäftigt haben. Dieses vom Reichskanzler **Marx** unterzeichnete Schreiben, das erst nach der offiziellen Kenntnisnahme bekanntgegeben werden sollte, inzwischen aber von einigen Blättern veröffentlicht worden ist, hat folgenden Wortlaut:

„Entsprechend der in der gestrigen Sitzung getroffenen Abrede beehre ich mich, Ew. Exzellenz anbei **Bemerkungen der deutschen Delegation** zu den **bisherigen Beschlüssen der Interalliierten Kommission** zu übersenden. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hat es der deutschen Delegation nicht ermöglicht, sich über alle Einzelheiten der interalliierten Beschlüsse und ihre Tragweite ein sicheres Urteil zu bilden. Ich bitte, die Bemerkungen der deutschen Delegation, insbesondere ihre **Formulierung**, unter diesen Gesichtspunkten betrachten zu wollen. Dabei nehme ich an, daß die noch erforderliche Klärung im Wege der gegenseitigen Aussprache herbeigeführt wird.

Im übrigen gestatte ich mir, hervorzuheben, daß die vorliegenden **interalliierten Beschlüsse** nach Ansicht der deutschen Delegation den **mit der Inkraftsetzung der Sachverständigenplanes zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen.** Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der **militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete** zur Erörterung zu stellen. Andererseits hat der Herr Präsident der Zweiten Kommission in seinem Begleitschreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Heeressachverständigen die **Zuteilung von etwa 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten** auf bestimmten Strecken des linksrheinischen Netzes verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Forderung mit dem Sachverständigenplan **nicht vereinbar** ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. gez.: **Marx.**"

Aus dem Inhalt der deutschen Vorschläge

Über den **Inhalt der deutschen Vorschläge** darf nach Übereinkunft der Konferenz nichts veröffentlicht werden. Während die Deutschen gegen den Bericht über die Sicherung, gegen eine Sanktionspolitik vermutlich außer einem Reservat gegen eine Wiederholung des Ruhrangriffs nichts Wesentliches einzuwenden haben, ist anzunehmen, daß die deutsche Delegation die **Fristen** für die **ökonomische Räumung als zu lang** ansieht und beispielsweise auch wesentliche Wünsche bezüglich der **Amnestie** geltend macht. Ebenso dürften Ergänzungen auf dem Gebiet des **Transfers** verlangt werden, doch scheinen die Sachleistungen und die Transferfrage erheblich geringere Schwierigkeit zu bereiten als früher angenommen wurde. die Hauptthemen sind jedenfalls die militärische Räumung und die Eisenbahnfrage.

*

Die „Morning Post" schreibt, die deutsche Delegation habe getreu ihrem am Dienstag abgegebenen Versprechen ihre Bemerkungen zu den alliierten Vorschlägen gestern zu einem nahezu unglaublich frühen Zeitpunkt vorgelegt. Bereits um 9 Uhr sei das Dokument von etwa 6000 Worten in den Händen des Generalsekretärs der Konferenz gewesen. Die **deutschen Bemerkungen** seien zum größten Teil nicht von der Art, daß eine scharfe Meinungsverschiedenheit oder ausgedehnte Erörterungen wahrscheinlich seien. Der Mantelbrief sei vermutlich wichtiger als die Bemerkungen selbst; denn er berühre zwei Fragen, die außerhalb der Kompetenz der Konferenz lägen, an denen aber die Deutschen besonders interessiert seien: die Frage der **militärischen Räumung** des Ruhrgebietes und anderer außerhalb des Rheinlandabkommens besetzter Gebiete und die Frage der Beibehaltung aller **Eisenbahner** auf den rheinisch-westfälischen Bahnen. Glücklicherweise könnten die Großen 14 in ihrer Eigenschaft als europäische Staatsminister diese zwei Fragen erörtern, die eng miteinander verbunden seien und für dies eine Lösung gefunden werden müsse, bevor der Dawesbericht zur Durchführung gebracht werden könne. Die Einwände der Deutschen gegen den Bericht des ersten Konferenzausschusses ginge nicht mehr sehr weit. Ernstlicher seien die gegen den Bericht der Dritten Kommission bezüglich des **Schiedsgerichtshofes.**

Die „Times" schreibt, die **deutsche Delegation** habe gestern durch die **schleunige Antwort** auf das alliierte Memorandum den Beweis für den **guten Willen** gegeben, keine Zeit zu verschwenden. Die Antwort sei gemäßigten Tones und werfe keine neuen technischen Schwierigkeiten auf.

Eine Vereinbarung über die Daweskontrolle erreicht

WTB. **London,** 7. Aug. Daily Telegraph" zufolge hat das gemischte deutsch-alliierte Komitee über die **Daweskontrolle** eine Vereinbarung erreicht.

Eine Rede des Reichskanzlers

Das wichtigste Ereignis des Mittwochs war die **Zusammenkunft des Rats der 14** am Vormittag in der Downingstreet. An der Sitzung nahmen die führenden Delegierten und eine Anzahl Sachverständiger usw. teil. Großbritannien war vertreten durch **Macdonald** und **Snowden**, Frankreich durch **Herriot** und **Clementel**, Deutschland durch **Marx** und **Stresemann.** Den letzteren standen 2 Sachverständige zur Seite. Der **Reichskanzler** hielt eine Rede, worin er die wichtigsten Punkte der deutschen Denkschrift zusammenfaßte, da nicht genügend Abschriften zur Verfügung standen. Dabei kam es zu einem Zwischenfall infolge zu scharfer Pointierung der Rede durch einen deutschen Dolmetscher, der durch einen anderen ersetzt wurde. Inzwischen hielten eine Anzahl Delegierter im Rat der 14 der vertretenen Nationen Besprechungen ab, um die **deutsche Denkschrift** durchzusehen und die darin aufgeworfenen verschiedenen Fragen zu prüfen. Einige dieser Fragen müssen offenbar wegen ihres technischen Charakters an Sachverständige verwiesen werden, andere, die mehr politische Bedeutung haben, können am besten vom Rate der 14 oder von der Vollkonferenz geregelt werden. Die Frage der **militärischen Räumung** des Ruhrgebiets, die als Hauptpunkt der ganzen Lage angesehen wird, wird höchst wahrscheinlich von denselben Persönlichkeiten erörtert.

*

WTB. **Paris,** 7. Aug. Über die **Nachtsitzung** der Konferenz berichtet der Sonderberichterstatter der Havasagentur aus **London**, die kurze Sitzung, die die alliierten Delegierten gestern abend mit den **deutschen Ministern** abgehalten hätten, habe zuerst der Anhörung des Berichtes gegolten, der im Laufe des Tages von den deutschen Sachverständigen über die deutschen Einwendungen abgefaßt wurde und von dem ständigen Unterstaatssekretär Sir **Eyre Crewe** eingebracht worden sei. Nach den Schlußfolgerungen des Unterstaatssekretärs hätten die deutschen Einwendungen zu den Berichten der drei Kommissionen **keine unüberwindlichen Schwierigkeiten.**

Die Bevollmächtigten hätten im Anschluß daran den auf die Feststellung der **Verfehlungen** bezüglichen Teil des deutschen Memorandums beraten. **Stresemann** habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Zustimmung seiner Regierung zu jeder von den Alliierten vorgenommenen Abänderung des Anhanges 2 des Friedensvertrages nötig sei mit der Begründung, daß dies auch den ausländischen Geldgebern eine neue Garantie bieten würde.

Gegenstand der Auseinandersetzung sei dann der Ausdruck **„fragrante Verfehlung"** gewesen, der im Sachverständigenbericht als Bedingung für die Durchführung von Sanktionen angeführt worden sei. **Stresemann** habe in diesem Punkte die Möglichkeit einer **schiedsgerichtlichen Entscheidung** verlangt. Nach französischer Auffassung müßte das Wort „flagrante Verfehlung" im Sinne von vorsätzlicher Verfehlung aufgefaßt werden, wie es im Versailler Vertrag festgelegt sei, d. h. als Nichterfüllung der deutschen Verpflichtung aus mala fides.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und alliierten Bevollmächtigten würden heute vormittag wieder aufgenommen. Vorher treten die Delegationsführer um 10 Uhr zusammen.

Über die Abendsitzung des Rates der Vierzehn schreibt „Preß Association", der Bericht sei unterbreitet worden über das Ergebnis der Besprechungen, die am Nachmittag zwischen den Deutschen und den Alliierten über das deutsche Memorandum stattfanden. Der Bericht habe ausgesprochen **ermutigenden Charakter** gehabt und die Zahl der zu behandelnden Punkte sich in bemerkenswerter Weise verringert. Der Rat der Vierzehn habe dann verschiedene Punkte der Denkschrift erörtert und auch hier sei ein guter Fortschritt erzielt worden. Das Eisenbahnproblem und die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes seien gestern abend nicht erörtert worden.

Die interalliierten Schulden

WTB. **London,** 7. Aug. Der amerikanische Botschafter **Kellogg** hat dem „Daily Chronicle" zufolge einen Brief an den Generalsekretär der interalliierten Konferenz gerichtet bezüglich des französischen Vorschlags, unmittelbar nach der Londoner Konferenz eine **Konferenz der alliierten Finanzminister** in Paris abzuhalten. In dem Brief heißt es, die amerikanische Delegation sei mit diesem Vorschlag einverstanden. Im Hinblick auf die Frage der amerikanischen Besetzungskosten sollten die Vereinigten Staaten vertreten sein, da sie an der Frage der einzuziehenden Beträge interessiert seien.

Der englisch-russische Vertrag abgeschlossen. Nachdem am Dienstag die englisch-russischen Verhandlungen abgebrochen waren, kommt wider Erwarten die Nachricht aus **London**, daß die Sowjets den neuen englisch-russischen Vertrag unterzeichnet haben. Nach Mitteilungen Ponsonbys im Unterhaus ist der Handelsvertrag in dem Sinne abgeändert, daß England dem Monopol der Sowjetunion betr. den auswärtigen Handel Rechnung trägt und die begrenzte Zahl der Handelsdelegationen sowie ihre diplomatische Immunität gewährleistet. Außerdem teilte Ponsonby mit, daß ein Handelsvertrag und ein allgemeiner Vertrag abgeschlossen werde.

Mit einer Beilage: 22. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten

Eine Umsatzsteuer-Enquete

Im Wege einer **Umsatzsteuer-Enquete** beabsichtigt der vorläufige **Reichswirtschaftsrat** die grundlegenden Erörterungen zu fördern, die auf Grund der Verhandlungen im wirtschaftlichen und finanzpolitischen Ausschuß am 15. und 24. Juli und ihren beiden Unterausschüssen erforderlich geworden sind. Da ein vollgültiger **Ersatz** für die Umsatzsteuer, auf deren Milliardenerträge das Reich **nicht verzichten** kann, schwerlich zu finden sein wird, werden **gutachtliche** Äußerungen über **Herabsetzung** der Umsatzsteuer auf 2 Prozent oder 1½ Proz. und für den Fall einer etwaigen Umgestaltung der Umsatzsteuer darüber einzuholen sein, ob die **Erhebung** der Steuer an der Quelle oder bei dem Übergang der Waren in die letzte Hand (Verbraucher) als durchführbar und zweckmäßig erachtet wird.

Für Abbau der Gütertarife

Der Reichsverkehrsminister hatte den ständigen Ausschuß des **Reichseisenbahnrates** zu einer Sitzung zum 5. August einberufen, um in diesem Kreise eine allgemeine Aussprache über die **Gütertarife** der Reichsbahn herbeizuführen. Einstimmig wurde eine **Entschließung angenommen,** derzufolge zur Verbilligung der gesamten Wirtschaft, als auch im Interesse der Eisenbahneinnahmen ein **sofortiger aber vorsichtiger Abbau der Gütertarife** zweckmäßig erscheine. Die Beibehaltung der bisherigen Tarife würde bestimmt zu einem Rückgang der Einnahmen führen. Deshalb sei zunächst eine **Ermäßigung für Kohlen** empfehlenswert. Eine Ermäßigung der übrigen Tarife sei ebenfalls wünschenswert. Jedoch müsse die Form, das Ausmaß und der Zeitpunkt der Ermäßigung von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn abhängig gemacht werden. Die Tarifhöhe der einzelnen Güter soll nach Maßgabe der wirtschaftlichen Bedürfnisse nachgeprüft werden.

Steuerstundung bei der Landwirtschaft

Die **süddeutschen Landwirtschaftskammern** hatten wiederholt Stundung der Steuern aus der Landwirtschaft bis zum Oktober dieses Jahres gefordert und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Landwirtschaft nur einem im Jahr und zwar nach der Ernte über größere Einnahmen verfüge. Der **Stundungserlaß des Reichsfinanzministers** vom 15. Juli ds. Js. hat ein vollständiges Steuermoratorium der Landwirtschaft bis nach der Ernte nicht gebracht. In den wesentlichen Punkten ist der Erlaß jedoch den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft entgegengekommen. Bei der Bemessung der Stundungsfrist soll danach von den Finanzämtern vor allem darauf Rücksicht genommen werden, wann der Steuerpflichtige in der Lage sein wird, die gestundeten Beträge abzudecken. Der Erlaß bringt zum Ausdruck, daß es sich z. B. bei der Landwirtschaft nicht immer vermeiden lassen werde, Stundungen bis zu dem Zeitpunkt zu bewilligen, in dem größere Einnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu erwarten sind. Sorgfältig müsse geprüft werden, ob durch Ablehnung des Stundungsgesuches die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährdet würde. Auch könne dem Steuerpflichtigen eine Veräußerung von Vieh oder ähnlichen Betriebsmitteln nicht zugemutet werden, wenn die erzielbaren Preise mehr als 20 Prozent unter dem Friedenspreis liegen. Bei verständigem Ermessen der zuständigen Steuerstellen darf erwartet werden, daß die ergangenen Erleichterungsbestimmungen alsbald wirksam werden und auch wirklich die dringend notwendigen Zahlungserleichterungen bringen.

Unterschlagungen in der französischen Verwaltung des besetzten Gebietes

Im besetzten Gebiete sind eine Reihe von Beamten der **Micum** und anderer Besatzungsbehörden wegen **Unterschlagung** verhaftet worden. Die Pariser „Ere Nouvelle", beschuldigte einen der Beamten der Zolldirektion von Koblenz, namens **Filippi,** von mittleren und kleineren Industriellen durch **Bedrohung** mit einer Anzeige wegen Hinterziehung der von den Alliierten eingeführten Abgaben sehr **erhebliche Geldbeträge erpreßt** zu haben. Einige der gebrandschatzten Firmen hätten im Vertrauen auf die französische Rechtspflege, gegen die Methoden Filippis Klage erhoben, seien aber damit nicht durchgedrungen, da dieser es verstanden habe, die **deutschen Anwälte** auf das brutalste zu **terrorisieren.** Die Affäre habe jetzt weitere Kreise gezogen. Filippi habe sich bisher ihren Folgen nur dadurch entziehen können, daß er in der Person eines von der Anwaltskammer in Düsseldorf wegen moralischer Disziplinarvergehen ausgestoßenen Anwaltes, namens **Müller,** einen Komplizen gefunden habe. Als eine der durch diese Affäre am meisten kompromittierte Persönlichkeit wird von dem Blatt der **General Georges** genannt, der als militärischer Sachverständiger der französischen Delegation in London angehört. Als bezeichnend für den Umfang, den diese **Mißwirtschaft auf Kosten Deutschlands** angenommen haben muß, mag die Äußerung eines französischen Politikers zitiert werden, man werde, wenn man ernsthaft mit der Aufdeckung aller Skandale dieser Art in den besetzten Gebieten anfangen wolle, in Monaten nicht damit zu Ende kommen.

Der „Memel-Putsch"

Wie aus **Königsberg** von deutscher offiziöser Seite über die mit großer Vorsicht aufzunehmenden litauischen Meldungen über einen angeblich versuchten Putsch **Deutscher** in Memel mitgeteilt wird, handelt es sich bei den von den Litauern unter Verdacht des Putschversuchs verhafteten 15 bis 17 jungen Leuten, soweit es sich bis jetzt feststellen ließ, **ausschließlich um Memelländer.** Es sollen noch mehrere 100 Personen im Memelland in dieser Angelegenheit verwickelt sein, worüber Ermittlungen im Gange sind. Bis jetzt haben sich positive Anhaltspunkte dafür, daß **Reichsdeutsche** in Memel oder außerhalb Memels in die Vorgänge verwickelt sind, **nicht ergeben.** Es scheint, daß es sich bei den Verhafteten um jugendliche Elemente mit unklaren Zielen handelt.

Über einen deutsch-griechischen Zwischenfall berichten die Blätter: Die Präsidentschaftskanzlei hatte den deutschen Gesandten, von **Schön,** ersucht, die Ansprache bei Überreichung seines Beglaubigungsschreibens nicht in deutscher, sondern in der als Diplomatensprachen gebräuchlichen französischen Sprache zu halten. Herr von Schön verwies darauf, daß auch der griechische Gesandte in Berlin bei Überreichung seines Beglaubigungsschreibens die feierliche Ansprache in Griechisch hielt. Im übrigen erklärte Herr von Schön, die Entscheidung seiner **Regierung** zu überlassen und auf Urlaub gehen zu wollen. Nach Ablauf des Urlaubs habe die griechische Regierung um eine weitere Hinausschiebung der Zeremonie der Überreichung des Beglaubigungsschreibens gebeten.

Kurze Nachrichten

Entwichener Kommunist. Der kommunistische Schriftsteller Dr. Karl **Frank,** der seiner Zeit in **München** bei der **Aushebung** der Geheimen kommunistischen Bezirkstages in der Germania-Brauerei festgenommen und im Kommunistischen Prozeß im Juli zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist entwichen, als er aus dem Gefängnis zu einem Zahnarzt gebracht werden sollte.

Kemal Pascha ist, wie aus **Konstantinopel** gemeldet wird, zum diplomatischen Vertreter in **Berlin** ernannt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Fortsetzung der Etatsberatung

DZ. **Karlsruhe,** 6. August.

Nachmittags behandelt

in der Generalaussprache über den Etat des Unterrichtsministeriums

Abg. Frau **Richter** (DNtl.) das Gebiet des Handarbeitsunterrichts. Sie fordert ein **Arbeitsdienst-Pflichtjahr** für die männliche Jugend. Bedauerlich sei, daß man das Prinzeß-Wilhelm-Stift eingehen ließ.

Abg. **Marum** (Soz.) führt aus: Gerade weil die Universitäten nicht nur Stätten der Wissenschaft sind, sondern auch Beamte und Lehrer erziehen, müssen sie sich auch eine Kontrolle gefallen lassen. Der Redner beschäftigt sich dann mit dem **Fall Dr. Gumbel.** Es sei nicht nötig gewesen, dagegen den Mann gleich mit dem gröbsten Geschütz aufzufahren. Daß man ihm die Lehrtätigkeit entzog, ohne ihn zu hören, das ist eine Unterlassungssünde des Senats und des Ministeriums. Daß sich der Dekan Professor **Alfred Weber** dazu hergegeben hat, den Antrag der Fakultät an das Ministerium zu unterzeichnen, ist zu bedauern. Dr. Gumbel machte sich verhaßt durch seine beiden Bücher „Vier Jahre politischer Mord" und „Verschwörer", womit er in Dinge hineinleuchtete, die vielen unangenehm sind. Es ist ein Skandal, daß man in Deutschland nicht die nötige Energie aufbringt, um gegen die Hochverräter von rechts vorzugehen. Zu den Deutschnationalen gewendet erklärt der Redner: Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir dasselbe nationale Gefühl haben wie Sie.

Abg. **Schmidt-Bretten** (DNtl.) tritt dem Vorredner entgegen. Die **Schläger-Mensuren** fallen nach seiner Meinung unter den Begriff **Sport.** Die Annahme des Antrags Dr. Föhr, würde die schlagenden Verbindungen treffen.

Abg. **Großhans** (Soz.): Die eben berührten Dinge sollten in dieser Zeit von selbst aufhören. An der **Jugendsportbewegung** darf man nicht achtlos vorbeigehen; sie will dem Volke dienen. Den Sportvereinen aber möchte ich die Mahnung zurufen, alles zu vermeiden, was ihnen die Sympathien rauben könnte. Man muß sich auf ihrer Seite bemühen, Auswüchsen zu begegnen. Leider stößt man bei den **Gemeinden** nicht immer auf das nötige Verständnis für die Bedürfnisse des Turn- und Sportbetriebs. Das Fußballspiel überwuchere in Deutschland nicht zum Vorteil der Jugend und dränge die Turnerei in den Hintergrund, die immer noch das beste Mittel für eine vernünftige Körperpflege sei. Die Gemeindebehörden müßten unbedingt mehr für die **Turnvereine** tun, namentlich durch die Zuweisung von **Spielplätzen.** Das gleiche dürfe man von der Forst- und Domänenverwaltung erwarten. Der Redner nimmt die **Arbeitersportvereine** gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie irgend etwas gegen die religiösen Gefühle der Kinder unternommen hätten.

Er spricht dann Regierungsrat **Broßmer** den herzlichen Dank aus für das, was er bisher zur Förderung des Sports getan hat.

Der **Präsident** gibt bekannt, daß die **Kommunisten ihren** Mißbilligungsantrag wegen des Falles Dr. Gumbel **zurückgezogen** haben, da er durch die Regierungserklärung erledigt sei.

Abg. D. **Mayer-Karlsruhe** (DNtl.) kommt in einer Polemik gegen den Abg. **Marum** nochmals auf die Fälle Dr. Gumbel und Kantorowicz zu sprechen.

Abg Dr. **Schofer** (Ztr.) setzt sich mit dem Abg. Großhans auseinander und stellt fest, daß die Geistlichen nur in Erfüllung ihrer Pflicht handelten, wenn sie der **sportlichen Betätigung an Sonntagen** das Gebot des Gottesdienstbesuches voranstellten. Die Frage der **Schlägermensuren** habe auch eine moralische Seite. Katholiken sei die Teilnahme auf Grund des kanonischen Rechts verboten. Die Tatsache, daß **katholischen Akademikern** der Weg zum Privatdozenten und Universitätsprofessor von einzelnen Fakultäten verschlossen wird, sei nicht aus der Welt zu schaffen. Gegen eine solche ungerechte Behandlung müssen wir uns wehren.

Minister Dr. **Hellpach** geht nochmals auf die Frage der Berufungen ein.

Abg. **Weber-Baden** (D.Vp.) bemerkt bei den Anstürmen auf die medizinische Fakultät in Freiburg handle es sich darum, daß das **Zentrum** auch auf den **Universitäten** sich die Erfolge zu verschaffen sucht, die es auf anderen Gebieten gegenüber dem Minister schon errungen habe.

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.) entgegnet, die Übung der nationalliberalen Aera, praktische Katholiken vom Lehramt auszuschließen, existiere heute noch auf den Hochschulen. Wir aber fordern gleiches Recht für alle.

Damit war die **Generalaussprache** beendet.

In der

Einzelberatung

stimmen die Kommunisten gegen die Anforderungen für Kultuszwecke, während die Sozialdemokraten Stimmenenthaltung üben.

Ohne Debatte passieren die Ausgabepositionen für die **Hochschulen und Gymnasien.**

Bei den

Lehrerbildungsanstalten

empfiehlt Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) den Ausschußantrag zur Lehrerbildungsfrage. Die Sache müsse jetzt zur Entscheidung gebracht werden, nachdem die Aufhebung der Seminare beschlossene Sache sei. Die Neuregelung werde den Staat zunächst keinen Pfennig kosten.

Zum gleichen Gegenstand sprechen noch die Abg. D. **Mayer** (Dntl.), Dr. **Föhr** (Ztr.), **Maier** (Soz.), Dr. **Schofer** (Ztr.), Dr. **Hummel** (Dem.) und **Weber** (D. Vpt.).

Bei der **Abstimmung** werden die einschränkenden Anträge des Zentrums abgelehnt und folgender Ausschußantrag mit Mehrheit **angenommen:**

1. zu beschließen, die Regierung zu ersuchen, entsprechend der heute abgegebenen Erklärung des Staatsministeriums dem Landtag in der nächsten Sitzungsperiode einen **Gesetzentwurf** über die Lehrerbildung in Anlehnung an die für Preußen und Württemberg beabsichtigte Regelung vorzulegen.

2. Kenntnis zu nehmen von den berechneten **finanziellen Wirkungen,** die sich ergeben, wenn die Lehrerbildungsfrage im Sinne der Denkschrift des Unterrichtsministeriums geregelt würde,

3. den Antrag der Abg. Dr. **Glockner** u. Gen., die Lehrerbildung betr., hiermit für erledigt zu erklären.

Bewilligt werden sodann die Anforderungen für die **Realanstalten,** Aufbaurealschulen und Höheren **Mädchenschulen,** welche letztere durch Abg. Frau **Bernays** (D. Vgt.) der besonderen Beachtung des Ministeriums empfohlen wurden.

Franz Xaver Mitterer

Ein deutscher Priester

Hoch klingt das Lied vom braven Mann
Wie Orgelton und Glockenklang.

Franz Xaver Mitterer! Wer von uns im Reiche kennt diesen trefflichen Mann? Wer hat sich vertieft in sein Leben und sein Wirken?

Anders in Österreich! Unser Brudervolk verehrt in ihm den Vater der Schutzarbeit für das Deutschtum in den bedrohten Grenzgebieten, und es hat am 28. Juli die hundertste Wiederkehr seines Geburtstages festlich begangen. Das ist Grund genug, daß auch wir im Reiche in dankbarer Anerkennung die Verdienste dieses hervorragenden Mannes würdigen — zumal in diesen Zeiten der Not und Gefahr, die turmhoch von allen Seiten her deutsches Volkstum überall in der Welt umbranden.

Das Leben Franz Xaver Mitterers hat sich ganz in der Stille abgespielt, hat sich abgewickelt im engen Kreise eines abgeschiedenen Tiroler Bergdorfs im welschen Sprachgebiet. Aber es hat sich entfaltet zu herrlicher Blüte, sich ausgewirkt zu köstlicher Reife.

Weit nach Süden vorgeschoben liegt in Tirol die deutsche Sprachinsel des Nonsberges. Dort hält im Jahre 1850 der junge Kurat Franz Xaver Mitterer in dem hochgelegenen Kirchdorf Proveis seinen Einzug — er selbst ein Sohn des Nonsberges aus dem nahe Laurein, tief verwurzelt mit seiner Heimat und seinem Volkstum. Was findet er in seinem ersten und einzigen Wirkungskreise vor? Eine von Verwelschung angefressene deutsche Gemeinde, die hundert Jahre lang keinen deutschen Pfarrer gehabt hat und in bedenkliche sprachliche und religiöse Verwilderung gefallen ist. Und dazu ein armes Volk, das unter drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen sein Dasein fristet.

Mit scharfem Blick erkennt der Priester die seelische und leibliche Not seiner Pfarrkinder. Nicht wie seine beiden deutschen Vorgänger zagt er vor der Riesenarbeit, die sich vor ihm auftürmt. Mächtig ist sein Wille, stark sein Herz — er greift an, packt zu, handelt.

Es ist erstaunlich, was dieser willensstarke Mann alles geleistet hat. Zunächst geht er an die religiöse Erneuerung seiner Gemeinde. Er läßt ihr aus der Summe von 60 000 Gulden, die er — den Wanderstab in der Hand und den Bettelsack auf dem Rücken — in Österreich und Deutschland gesammelt hat, eine prachtvolle gotische Kirche mit hochragendem Turm bauen. Das ist seine erste große Tat.

Die zweite läßt nicht lange auf sich warten. Bald ist auch ein deutsches Schulhaus erstellt, in dem sich zwei Klassenräume, zwei Lehrerwohnungen, eine Bibliothek und die Gemeindekanzlei befinden. Zum erstenmal erhält die Gemeinde Proveis ihren deutschen Volksschulunterricht, und ein zweites Bollwerk gegen die Verwelschung ist geschaffen.

Aber nicht nur auf religiösem oder kulturellem Gebiete tritt der unermüdliche Bergpfarrer für seine Volksgenossen ein. Auch wirtschaftlich sucht er sein deutsches Volkstum, das ihm überaus am Herzen liegt, zu stärken. Für die Mädchen gründet er eine Spitzenklöppelschule, für die Jünglinge eine Korbflechtschule. So schiebt er der Abwanderung der schulentlassenen Jugend nach italienischen Gemeinden einen Riegel vor und erschließt seinem armen Dorf Einnahmequellen, die den Wohlstand der Bewohner beträchtlich heben. Auch eine Raiffeisenkasse ruft er ins Leben und befreit seine Bauern von der harten Not, wie bisher bei italienischen Gläubigern Darlehen nehmen zu müssen. Und noch ein kühnes Wagnis führt er durch: Mit seinen Bauern legt er eine Straße an und verbindet durch sie seine Sprachinsel mit dem deutschen Hinterlande.

Was er sonst noch für seine Gemeinde getan hat, füllt sein ganzes arbeitsreiches Leben aus. Den Behörden in Cles und Fondo trotzt er die deutsche Amtssprache ab. Unzählige Gesuche schreiben seine von der Gicht geplagten Hände für seine Pfarrkinder, und wer sich in irgendeiner Sache Rat holen will, der geht zum „Vater Franz", dem alt und jung in kindlicher Liebe und tiefer Ehrerbietung als ihrem geistigen Führer vertrauen.

Unvergessen wird ihm aber gerade an seinem 100jährigen Wiegenfeste eines sein. Er war der erste, der durch eine Schrift über die Not des deutschen Volkstums in Welschtirol seinen Mitbürgern in Österreich die Augen öffnete und so den Anstoß gab zur Gründung des Deutschen Schulvereins, aus dem später im Reiche der Verein für das Deutschtum im Ausland erwuchs, der in großzügiger Weise die Schutzarbeit für bedrohtes deutsches Volkstum in die Hand genommen und heute größere Aufgaben als je zu erfüllen hat.

Hochbetagt hat Franz Xaver Mitterer nach einem Leben edelster Selbstaufopferung im Jahre 1899 die Augen geschlossen. Was er gewirkt hat, ist lebendiges Gemeingut des deutschen Bewußtseins geworden. In nie verlöschender Dankbarkeit gedenkt das ganze deutsche Volk dieses kernigen tapferen Mannes, dessen Dasein nicht Verdienen, sondern Dienen war. Was er geschaffen, soll uns voranleuchten nicht nur als Leistung sondern auch als heilige Mahnung für den schweren Kampf, den wir um unsere Selbstbehauptung zu führen haben. Über sein Lebenswerk möchten wir das beherzigenswerte Wort setzen: Im Anfang war die Tat. Und noch ein anderes: Hie gut Deutsch allewege!

Prof. E. Maenner.

Der Volks-Gotthelf. Der Verlag Eugen Rentsch-München hat sich dankenswerter Weise entschlossen, einen Volks-Gotthelf in 11 Bänden herauszugeben. Als erster Band dieser garnicht herzlich genug zu begrüßenden Unternehmens erschien der Roman „Geld und Geist". Dieses poetisch zarteste Werk des gewaltigen Dichters und Volksschriftstellers entrollt ein Familiengemälde vor unseren Blicken. Es stellt das stolze patriarchalische Bauernhaus und sein Leben dar. Aber das rührige und wohlgelenkte Bauernhaus mit seinem Hofstaat verschwindet, und das Ringen in der Seele dieser Menschen gewinnt die Oberhand. Gotthelf steigt als Dichter in die Tiefen des menschlichen Herzens und bringt uns den wunderbaren Reichtum desselben, sein Fluten und Ebben, sein ganzes inneres Erleben, aus dem Schachte herauf. Ein glücklicher, scheinbar festruhender Zustand wird unbemerkt nach einer gefährlichen Tiefe gezogen. Das Glück des Hauses droht zu scheitern, wenn nicht die in Zwiespalt verstrickten Gemüter noch rechtzeitig zum Frieden zurückgeführt werden. Wie der erste Zwiespalt abgeschlossen wird, durch das schöne Bild der wiederversöhnten Familie, so nach dem Tod der Mutter dann ebenso schön das Zerwürfnis, das in der jüngeren Generation zwischen die Liebenden sich gelegt hatte. Welch sonnigen Glanz, welche Ströme von Herzenswärme strahlt diese herrliche Erzählung aus!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Minister Dr. **Hellpach** hatte die Gelegenheit wahrgenommen, um sich über das **Bildungsziel** der höheren **Mädchenschulen** zu äußern. Ohne wesentliche Debatte werden genehmigt die Ausgaben für das gewerbliche und kaufmännische Unterrichtswesen.

Es folgt der Etat des

Volksschulwesens

Hier gibt Abg. **Röckel** (Ztr.) verschiedene Anregungen zum Lesebuch und zur Veranstaltung von Schülerausflügen. Die Fortbildungsschule werde im Volke mehr und mehr als eine überaus segensreiche Einrichtung geschätzt.

Abg. **Dörr** (Landbund) wünscht indessen eine Änderung der Organisation für das Land, u. a. die Aufhebung des dritten Jahrganges. Zum Thema Fortbildungsschulen sprechen noch die Abg. **Fischer**-Meißenheim (Landbund) und **Hofheinz** (Dem.). Kurze Bemerkungen des Ministerialdirektors Geheimrat **Schmidt** und des Abg. **Haebler** (Soz.) beziehen sich auf die **Handarbeits- und Haushaltungsschulen.**

Ohne Debatte passieren die Ausgabepositionen für Erziehungs- und Unterrichtsanstalten für nichtvollsinnige Kinder, besondere Einrichtungen für die Lehrerbildung, Jugendpflege usw. Debattelos genehmigt wird ferner der außerordentliche Etat, sowie Titel IV — Wissenschaft und Künste — bis zur Position:

Landestheater in Karlsruhe

Hierzu stellt Abg. **Marum** namens des Haushaltsausschusses folgenden Antrag: der zwischen dem **Lande Baden** und der **Stadt Karlsruhe** am 1. September 1919 über den Betrieb des badischen Landestheaters geschlossenen **Vertrag** wird dahin abgeändert, daß beiden Vertragschließenden das Recht zusteht, die Vereinbarung jeweils bis zum 1. Dezember jedes Jahres auf Ende der laufenden Spielzeit zu kündigen. Die Gültigkeitsdauer war bisher für die Zeit vom 1. September 1919 bis 31. August 1925 begrenzt.

Abg. **Hertle** (Landbund) lehnt wie schon früher jeden staatlichen Beitrag für das Landestheater ab, da es in Wirklichkeit nur ein Theater für Karlsruhe sei.

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.) vertritt den Standpunkt, daß, wenn die Stadt Freiburg das Defizit für ihr Theater in Höhe von 220 000 Mark allein trägt, billigerweise auch die Stadt Karlsruhe das ganze Theaterdefizit tragen müßte.

Abg. **Maier**-Heidelberg (Soz.) stimmt dem Vertrag nur noch für dieses Jahr zu, damit sich die Stadt Karlsruhe für nächstes Jahr vorsehen könne. Diese leiste von allen größeren Städten den geringsten Theateraufwand.

Abg. **Weber** (D. Vpt.) ist der Ansicht, daß sich der Staat an den Kulturaufgaben aus Prinzip beteiligen müsse.

Minister Dr. Hellpach

bittet dringend, die Position zu bewilligen. Jedes Land habe sein Staatstheater und wir wollen dieses Institut auch weiterhin uns erhalten. Kein Staatstheater arbeite ohne Betriebsausfall. Man brauche in der Landeshauptstadt immer repräsentative Symbole.

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.) meint, daß es noch andere Wege zur Unterstützung des Landestheaters gebe als der Zuschuß von 122 000 Mark. Das scheint ihm zu teuer.

Abg. D. **Mayer** (Dntl.) pflichtet dem Abg. Weber bei. Die Anforderungen für das Landestheater und das Nationaltheater in Mannheim werden darauf mit Mehrheit **bewilligt** und dem **abgeänderten Vertrag zwischen dem Lande Baden und der Stadt Karlsruhe zugestimmt.** Dagegen sind das Zentrum (mit Ausnahme Dr. Köhlers) und der Landbund.

Abg. Frau **Bernays** (D. Vpt.) regt an, im Heidelberger Mädchen-Realgymnasium das Griechische wieder als Ersatzfach einzuführen. Der **Minister** sagt Prüfung zu.

Zur Annahme gelangt schließlich ein **Zentrumsantrag,** zu **prüfen,** ob und in welchem Umfang eine **Beschreibung der badischen Heimat** herausgegeben werden kann.

Die restlichen Ausgaben wie auch die gesamten Einnahmen des Kultus- und Unterrichtsbudgets finden ohne weitere Debatte Genehmigung, desgleichen die Voranschläge des **Katholischen Oberstiftungsrats** und **Evangelischen Oberkirchenrates.**

Es folgt die Abstimmung über eine Reihe von

Anträgen des Haushaltsausschusses

Angenommen wird der Antrag auf Vorlage einer **Denkschrift** über die **Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirchen.** Eine weitere Bitte an die Regierung geht dahin, zu prüfen, ob im Nachtrag die außerordentliche Anforderung in Titel III § 11 — Universitätsinstitute — auf 100 000 Goldmark erhöht werden kann.

Im übrigen wird der Abbau auf dem Gebiete des Schulwesens als erledigt erklärt.

Annahme findet ferner der Antrag Dr. **Glockner** auf Vermehrung der **planmäßigen (Hauptlehrer-) Stellen** um 600 im ersten Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1924/25 und weitere Stellenvermehrung im Voranschlag 1926/27, um so das Verhältnis der planmäßigen zu den außerplanmäßigen (Unterlehrer-) Stellen im Volksschuldienst dem Verhältnis in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung anzugleichen. In gleicher Weise ist bei den Gruppen der Gewerbe-, Handelslehrer und Handarbeitslehrerinnen zu verfahren.

Dann wird einem Antrag **Haebler** und Gen. in folgender Fassung zugestimmt:

Die Ausbildung der **Handarbeitslehrerinnen** ist zu verstaatlichen und das bisherige Lehrerseminar 2 in Karlsruhe als Handarbeitslehrinnenseminar einzurichten. An ländlichen Schulen sind soweit als möglich Wanderlehrerinnen zu verwenden.

Angregt wird eine Nachtragsforderung zugunsten der Jugendpflege.

Eine Reihe mit dem Kultus- und Unterrichtsetat zusammenhängende Gesuche werden gleichfalls erledigt, u. a. durch Überweisung an die Regierung: eine Eingabe der **freireligiösen Gemeinde Badens** betr. die Aufbesserung geringbesoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln, ein Gesuch des **Badischen Lehrervereins** betr. Fürsorgemaßnahmen für **stellenlose Schulkandidaten** und **Junglehrer,** sowie ein Gesuch des Verbandes badischer Gewerbeschulmänner und des Vereins badischer Handelslehrer betr. Schaffung neuer **planmäßiger Gewerbe- und Handelslehrerstellen.**

Endlich kommt noch der Antrag Dr. **Föhr** (Ztr.) betr. Maßnahmen gegen das **Zweikampfunwesen** an den Hochschulen zur Annahme.

Nächste Sitzung Donnerstag 8 Uhr: Voranschlag des Finanzministeriums. Schluß ½ 10 Uhr abends.

*

DZ. **Karlsruhe,** den 7. Aug. 1924.

In der heutigen **Vormittagssitzung** berichtet

Abg. **Freidhof** (Soz.) zunächst über den **Voranschlag des Rechnungshofes.**

Abg. **Klaiber** (Landbund) fordert den Abbau.

Abg. Dr. **Schmitt-Karlsruhe** (Ztr.) verweist auf die verfassungsrechtliche Unmöglichkeit, darauf einzugehen und betont die Zweckmäßigkeit des Rechnungshofes.

Nach kurzen Bemerkungen des Finanzministers Dr. **Köhler** wird der Voranschlag gegen die Stimmen der Landbündler bei zwei Stimmenhaltungen genehmigt.

Abg. **Freidhof** äußert sich ferner über die Rechnungsprüfung für 1921/22, die keinen Anlaß zu Beanstandungen gibt.

Darauf erstattet

Abg. **Seubert** (Ztr.) Bericht über den

Voranschlag des Finanzministeriums.

Der Haushaltsausschuß beantragt folgende Änderungen: Erhöhung der Ausgabe für Abgang und Rückersatz bei der Steuer und Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb von 2,5 auf 5,8 Millionen; Erhöhung der Überweisung aus dem Ertrag der Gebäudesondersteuer an die Staatsschuldenverwaltung zwecks Förderung des Kleinwohnungsbaues von 1 330 000 auf 2,4 Millionen Mark; Erhöhung des Besoldungsmehraufwandes infolge der Regelung vom 1. Juni d. J. von 10,3 auf 25,3 Millionen Mark. Der Ertrag an Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb wird unter Zugrundelegung der im Finanzgesetz 1924/25 enthaltenen Sätze auf 47,4 Millionen geschätzt. Die Einnahmen aus der Gebäudesondersteuer wird statt 13,3 auf 9,6 Millionen angesetzt (Anteil des Landes mit zwei Fünfteln des mit 80 Prozent des Sollbetrages angenommenen Steueraufkommens).

Die Position — Beitrag der Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts für Bewirtschaftung ihrer Waldungen — erfährt eine Erhöhung von 555 000 auf 648 000 Mark.

Vor Eintritt in die allgemeine Aussprache ergreift

Staatspräsident Dr. Köhler

als Finanzminister das Wort, um **das Finanzgesetz für 1924/25** vorzulegen. Er führte aus: Seit wir in der Beratung des Voranschlags stehen, hat sich der **Abschluß fortgesetzt verschlechtert.** Konnten wir ursprünglich mit einem Normal-Steuerfuß von 25 Pfg. und später von 47 Pfg. das Gleichgewicht wiederherstellen, so sind wir bei diesem Entwurf **nicht mehr in der Lage, von einem Gleichgewicht zu reden** (Hört, hört! Allgemeine Bewegung).

Wir haben ein **Defizit** trotz schärfster Anspannung aller Einnahmen und stärkster Abstriche **bei allen Ausgaben.** Die Ausgaben im ordentlichen Etat, die im Mai 1924 mit 147,7 Millionen veranschlagt waren, betragen **heute 166 Millionen,** eine Steigerung also in verhältnismäßig kurzer Zeit von 18 Millionen Mark.

Der Überschuß der **ordentlichen Ausgaben** über die Einnahmen beziffert sich auf 3,2 Millionen pro Jahr, für beide Jahre zusammen 6,4 Millionen. Der Überschuß an **außerordentlichen Ausgaben** über die außerordentlichen Einnahmen stellt sich auf 4,9 Millionen, dazu kommen noch Administrativkredite in Höhe von 2,7 Millionen.

Der Gesamtfehlbetrag beträgt somit **14 Millionen Mark.** Zur Deckung soll der umlaufende Betriebsfond bis auf den eisernen Bestand (8 Millionen) herangezogen werden. Dadurch würde sich das Defizit um 10 Millionen vermindern, sodaß immer noch ein **Rest von 4 Millionen** verbleibt, für die wir im Augenblick **keinerlei Deckung** vorzuschlagen in der Lage sind. Diese Zahlen beleuchten den **Ernst der Situation** mehr als große Ausführungen. Es ist notwendig, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß sich **unsere Wirtschaft außerstande** sieht, die **schweren Lasten** für den ständig steigenden Staatsbedarf, weder aus ihrem Einkommen noch aus der Substanz auf die Dauer bestreiten zu können.

Der **Rückgang der Steuerkapitalien** ist geradezu **erschreckend.** Er beträgt beim gewerblichen Betriebsvermögen über eine Milliarde, d. s. **über 50 Prozent.** In **Mannheim** ist heute nur noch **ein Sechstel** des gewerblichen Betriebskapitals von 1914 vorhanden. Dort sind von 1,4 Milliarden bis jetzt nur 230 Millionen angemeldet. Beim Reichsfinanzminister haben wir **Buchprüfer** zu Nachprüfer der Finanzen und Steuererklärungen angefordert in der Hoffnung, noch etwas höhere Beträge herausbringen zu können. Bei der Grund- und Gewerbesteuer den Betrag von 47 Millionen herauszuwirtschaften, erweist sich als eine Unmöglichkeit. Den Ausfall an Gewerbesteuern aber auf den Grund und Boden umzulegen, lehnt die Regierung ab. Der Weg der **Steuererhöhung** hat sich angesichts der bereits zu hohen Steuerlast als **ungangbar** erwiesen. Auch hat man die Staffelung abgelehnt.

In allen Verwaltungen ist nochmals eine **mühselige Nachprüfung der Ausgabeposten** vorgenommen worden, die dazu führte, den Voranschlag um 2,8 Millionen zu verbessern.

Selbst vor Abstrichen von 4—5000 Mark wurde nicht zurückgeschreckt. Die Regierung hat sich endlich entschlossen, **den Steuerfuß zu ermäßigen** und war von 47 auf 44 Pfennig. Nach alldem verbleibt ein **ungedecktes Defizit von 4 Millionen.**

Der Staatspräsident bittet das Haus, den Ernst dieser Situation auf sich wirken zu lassen und schließt: Das Wohl des Landes verlangt die **Zurückstellung aller Standes- und Einzelinteressen** gegenüber der **Gesamtheit.**

Die Sitzung wird darnach **abgebrochen,** damit die Fraktionen Stellung zur neuen Sachlage nehmen können. **Um 12** Uhr tritt der **Haushaltsausschuß** zusammen.

Die nächste Plenarsitzung ist auf nachmittags **¼4 Uhr** angesetzt.

Die Verfassungsfeier

Am **11. August** feiert das deutsche Volk den **5. Jahrestag der Reichsverfassung.** Nach dem furchtbaren nationalen Zusammenbruch wurde damals in Weimar in langer und ernster Arbeit die Grundlage geschaffen, zur Rettung der Einheit des deutschen Volkes und zur Wiedergewinnung seiner Freiheit. Dieser 11. August soll für das deutsche Volk ein Fest- und Gedenktag von besonderem Gepräge sein. Er soll Deutschland und der Welt zeigen, daß die deutsche Republik lebt und daß der Geist der Verfassung von Weimar im deutschen Volke feste Wurzeln geschlagen hat.

In **Karlsruhe** wird der Verfassungstag durch eine Feier, die das Staatsministerium in der Festhalle veranstaltet, festlich begangen werden. Nach dem Marsch aus „Tannhäuser" vorgetragen von der Vereinigung badischer Polizeimusiker wird Staatspräsident Dr. **Köhler** die Begrüßungsansprache halten. Dann folgt als zweites Musikstück der Aufzug der Meistersinger aus Wagners „Meistersinger von Nürnberg". Die Festrede hat der Reichskanzler a. D. und frühere badische Finanzminister Dr. **Wirth** übernommen. Das Deutschlandlied wird die Feier beschließen. Alle Kreise der Bevölkerung unserer Landeshauptstadt sind zur Teilnahme an dieser Feier, die um 11 Uhr beginnt, eingeladen. Der Eintritt ist unentgeltlich. Der Saal wird um ½11 Uhr geöffnet.

Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924

Soeben ist die vom Badischen Statistischen Landesamt bearbeitete Druckschrift **„Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 in Baden"** erschienen.

Die frühzeitige Herausgabe der in Broschürenform gehaltenen Veröffentlichung (Badische Druckerei und Verlag J. Boltze G. m. b. H., Karlsruhe: Ladenpreis 2,50 Mk.) dürfte allgemein begrüßt werden.

Das Heft umfaßt auf 82 Seiten in einer Reihe von Übersichten alle wissenswerten Einzelheiten über die Abstimmungsergebnisse usw. für das Land im Ganzen, die größeren und kleineren Verwaltungseinheiten bis herab zu den einzelnen Gemeinden. Den Schluß der eingehenden tabellarischen Darstellungen bildet eine Hauptübersicht der Ergebnisse nach Parteien. Den reichhaltigen zahlenmäßigen Übersichten ist ein kurzer erläuternder Text beigefügt, desgleichen eine Karte über das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien, auf die hiermit noch ganz besonders aufmerksam gemacht sei. Die Neuerscheinung (83 Druckseiten) bildet für alle, die sich mit Politik befassen, ein handliches und wertvolles Auskunfts- und Hilfsmittel, dessen Anschaffung durch den billigen Preis erleichtert wird.

Falschstücke von Eisenbahnnotgeld

An wertbeständigem Eisenbahnnotgeld sind hauptsächlich folgende Fälschungen festgestellt:

1. **½ Dollarnoten.** Die Falschstücke zu ½ Dollar entstammen einer Fabrik, obwohl sie hinsichtlich der Papierbeschaffenheit Verschiedenheiten aufweisen. Die Fälschungen sind in Buchdruck ausgeführt. Unterdruck und Randmuster weichen von denen echter Stücke vollständig ab. Die Fälscher haben offenbar mit der Unkenntnis weiter Kreise über das Aussehen echter Sücke gerechnet und eine Phantasienote geschaffen, die nur in der Papierfarbe und im Format echten Stücken gleicht.

Das Untergrundmuster ist aus systematischem Material (12×12 Punkte)„ das zwei verschiedenen Grundmustern angehört, schachbrettartig zusammengesetzt. Durch Zufall sind hierbei Formen entstanden, die lebhaft an das Hakenkreuz erinnern. Die Wertbezeichnung ½ ist besonders gedruckt, die Form dazu aber ganz oberflächlich hergestellt. In dem zusammengesetzten Untergrund ist die Stelle für den Eindruck ausgespart. Da die Aussparungen bei den vorliegenden Fälschungen an gleicher Stelle zu finden sind, so kann angenommen werden, daß der Fälscher sich ein Urstück gefertigt und davon Matern hergestellt hat.

Der Aufdruck weicht von der zu echten Scheinen verwendeten Schrift gleichfalls ab. Bemerkenswert ist der Kontrollstempel, der teils gedruckt, teils mit roter Tinte gezeichnet worden ist. Gedruckt ist die Umrandung und der sehr schlecht gezeichnete Adler; unleserliche Andeutungen der Umschrift sind mit roter Tinte ausgeführt.

Einige Fälschungen enthalten kein Wasserzeichen, bei einem anderen Teile sind einfache Zickzacklinien vorhanden. Die meisten dagegen zeigen ein unbestimmtes Muster aus zusammengestellten gekrümmten Linien;

2. **1 Dollarnoten.** Die nur ganz vereinzelt auftretende Fälschung ist auf rötlichem Papier ohne Wasserzeichen gedruckt. Der Aufdruck entspricht dem echter Platten.

3. **2 Dollarnoten.** Die eine Fälschungsklasse trägt kein Wasserzeichen. Durch Knitzen und Ritzen mit einem spitzen Gegenstande ist versucht worden, in den Knitzen eine Art Wasserzeichen nachzuahmen, jedoch mit kaum merkbarem Erfolg. Mangelhafter Druck, unregelmäßiger Netzunterdruck, der viel weitmaschiger als bei echten Scheinen ausfällt, und klecksige Schrift sind die Kennzeichen dieser Fälschung. In dem Satz „Der Inhaber dieses Scheines kann usw." ist das „a" im Worte „kann" mangelhaft und sieht wie ein „e" aus. Sehr unvollkommen ist der Kontrollstempel, auch der Adler kaum zu erkennen. Die Umschrift ist unleserlich; die Nummer hat einen anderen Schnitt und ist in giftgrüner anstatt olivgrüner Farbe gedruckt.

Die andere Fälschungsklasse erhält ein durch Rasur gut nachgeahmtes künstliches Wasserzeichen, das bei den einzelnen Stücken in der Zeichnung nicht genau übereinstimmt. Der selbst ist gut gelungen. Sinnfällige, für die Kennzeichnung zweckdienliche Unterschiede können nicht bemerkt werden. Die Nummer besitzt einen anderen Schnitt und ist mit grüner anstatt olivgrüner Farbe gedruckt. Der Wortlaut ist meistens von fachkundiger Hand stark nachretuschiert, der Kontrollstempel dagegen auf dem gleichen Stück vollkommen gezeichnet.

4. **5 Dollarnoten.** Die Fälschungen über 5 Dollar gehören einer Fälschungsklasse an und sind auf Papier mit echtem Wasserzeichen hergestellt worden, das in seiner Form dem der echten Scheine gleicht. Der Fälscher hat weißes Wasserzeichenpapier benutzt und nachträglich angefärbt. Diese besondere Eigentümlichkeit des Papiers ist zu erkennen, sobald man eine scharfe Rasur vornimmt. Das in der Masse gefärbte Papier der echten Scheine behält die Färbung, das gefälschte hingegen wird weiß. Die Herstellung ist in Buchdruck erfolgt; die Platten sind jedenfalls in Anlehnung an photographische Unterlagen entstanden. Abgesehen von kleineren Abweichungen in der Zeichnung, die durch Nacharbeit hervorgerufen worden sind, ist eine Stelle in der verzierten Wertziffer 5 besonders auffällig: Im Häkchen der „5" befindet sich eine der Verzierung der Zahl dienende sichelförmige Aussparung. Diese Fläche besitzt bei den echten Scheinen in der Hohlkrümmung eine merkliche Ecke.

Der Wortlaut ist in den kleineren Schriftzeichen vielfach unsauber und macht den Eindruck, als sei er gepaust worden. Allen Stücken gemeinsam sind die Fehler: das verkümmerte „ch" im Worte „deutsche", das sich wie „cb" liest, die auffällig kleinen Buchstaben „en" in dem Worte „Deutschen Reichs" der Schriftzeile unter dem Wertaufdruck und dem fehlenden Punkt hinter der Jahreszahl 1923. Der Kontrollstempel ist teilweise nur schwach erkennbar; bei Stücken mit stärkerer Farbzebung zeigen sich Unzulänglichkeiten in der Zeichnung, insbesondere fehlen beim Adler die Verbindungslinien vom Körper zu den Krallen.

Kommunale Rundschau

Die Mannheimer Indexziffer. Laut Mitteilung des Städt. Nachrichtenamts beträgt die vom Preisprüfungsamt für den 6. August berechnete **Indexziffer 1164,9 Milliarden.** Da am 30. Juli die Indexziffer 1161,5 Milliarden betrug, ist vom 30. Juli bis 6. August eine **Erhöhung** um 0,3% eingetreten. Legt man die Goldmarkpreise zugrunde, so ergibt sich nach den Preisen vom 6. August die Goldmarkindexziffer 116,5 (1913/14 gleich 100) gegen 116,2 am 30. Juli. Die Steigerung ist auf die Erhöhung der Preise für Nährmittel, Fette, Käse, Heringe und Zucker zurückzuführen. Anderseits sind die Gemüsepreise weiter zurückgegangen.

Der Gemeinderat in Oberkirch hat sich am 4. August mit der Aufstellung des Gemeindevoranschlags für das laufende Rechnungsjahr beschäftigt. Nach der endgültigen Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben, wie sie dem Bürgerausschuß zur Genehmigung empfohlen werden sollen, betragen die Einnahmen 173 420 Mk. und die Ausgaben 252 736 Mk. Der **Fehlbetrag von 79 316 Mk.** muß durch Erhebung einer Gemeindesteuer **von 45 Pfg.** auf 100 Mk. Steuerwert des Grund-, Gebäude- und Betriebsvermögens aufgebracht werden. Weiter beschloß der Gemeinderat: Zwei Bauplätze Ecke Weierweg und verlängerte Renchenerstraße werden an Baulustige verkauft. — Der Wirteverein hat wiederholt schon Antrag auf Aufhebung der **Fremdensteuer** hier gestellt. Der Gemeinderat empfiehlt dem Bürgerausschuß anläßlich der nächstens stattfindenden Vorschlagsberatung dem Antrag zu entsprechen.

Das Eilzugpaar Freiburg—München. Wie der Verkehrsverein für den Schwarzwald in Freiburg i. Br. erfährt, soll das Eilzugspaar Freiburg—München wieder aufgehoben werden. Eine Versammlung des Hegaubahnausschusses, die am 30. Juli in Anwesenheit von Vertretern der Handelskammern, Städte und Verkehrsvereine von Breisach bis Ulm in Sigmaringen stattfand, ist für die Beibehaltung dieses Eilzugpaares und für den Ausbau des West-Ostverkehrs eingetreten. Zur Förderung dieser Angelegenheit wurde eine **Kommission** gebildet, die mit den Generaldirektionen in Karlsruhe, Stuttgart und München verhandeln soll. Vertreter des Basler Verkehrsvereins stellten den Antrag, einen Schnellzug von Basel über **Waldshut—Immendingen** laufen zu lassen, der die bessere Verbindung mit Stuttgart und München herstellen soll. Von Seiten der Freiburger Vertreter wurde energisch für den Ausbau des West-Ostverkehrs Freiburg—München eingetreten. Die nächste Versammlung sieht die Gründung einer Interessentengruppe für den West-Ostverkehr vor.

Aus der Landeshauptstadt

Große Landesausstellung für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Dünge- und Pflanzenschutzmittel

Trotz manchen Bedenken, hat sich die **Badische Landwirtschaftskammer** entschlossen, dem Wunsche der Stadt Karlsruhe und des Karlsruher Verkehrsvereins zu entsprechen und im Rahmen der **Karlsruher Herbstwoche,** in der Zeit vom 20. bis 29. September 1924 in der Städt. Ausstellungshalle und dem sie umgebenden Festplatz eine große Landesausstellung für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Dünge- und Pflanzenschutzmittel, zu veranstalten. In erfreulicher Weise liegen schon recht zahlreiche Beschickungserklärungen von seiten der Industrie und des Handels vor, so daß wirklich mit einer schönen Schau aller landwirtschaftlichen Produktionsmittel gerechnet werden kann. Gerade die gegenwärtig schwere Krisis der Landwirtschaft erfordert gebieterisch, daß jeder Landwirt mit dem modernsten Rüstzeug zur Erhöhung seiner Produktion ausgestattet ist.

Während der ganzen Ausstellungszeit finden täglich im Ausstellungsgebäude Vorführungen landwirtschaftlicher Lehrfilme (Tierzucht, Saatgutwirtschaften) usw. statt. Bei der Fülle der Darbietungen darf mit einem großen Besuch gerechnet werden.

Falsche Rentenbankscheine. In der letzten Zeit sind in der Rheinprovinz Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt, Bayern, Baden und der Pfalz Nachbildungen von Rentenbankscheinen zu **10 Rentenmark** aufgetaucht. Das Wasserzeichen ist durch Aufdruck auf der Rückseite, bei einigen Scheinen auch auf der Vorderseite, nachgeahmt. Anstelle des Stoffauflaufs ist der rechte Teil der Vorderseite mit einem hellgrau gefärbten Klebemittel übertüncht worden, worauf die Fasern eingestreut sind. Bei den echten Scheinen sind die Fasern im Papier eingebettet. Der Untergrund zeigt ein verschwommenes, unklares Bild. Die Beschriftung weicht an verschiedenen Stellen von dem der echten Scheine ab. Auf die Festnahme der Fälscher von Rentenbankscheinen und die Beschlagnahme der Platten setzt die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Mark aus.

Städt. Konzerthaus. Es sei darauf hingewiesen, daß heute Donnerstag und morgen Freitag die letzten Aufführungen der Operette **„Madame Pompadour"** stattfinden und zugleich die letzten Gastspiele von Fritzi Arco vom Metropoltheater Berlin. Samstag, Sonntag und Montag finden vielfachen Wünschen entsprechend nochmals drei Wiederholungen des Rokoko-Singspiels **„Des Königs Nachbarin"** mit Fritz Melchior in der Rolle des „Friedericus Rex" statt. Für kommenden Dienstag ist die Erstaufführung der Operetteneuheit **„Der Fürst von Pappenheim"** von Hugo Hirsch angesetzt. Das Stück ist reich an komischen Einfällen, feinem Humor, es seien von den vorkommenden Duetten usw. erwähnt: Und zum Schluß schuf der liebe Gott den Kuß; Du brauchst mir ja nicht treu zu sein, In der Mitropa usw. — Die diesjährige Spielzeit schließt Sonntag den 31. August. Es sind noch folgende Operetten vorgesehen: „Hoheit tanzt Walzer" und „Der Gauklerkönig", ferner einige Wiederholungen von „Mädi", „Schöne Rivalin" und „Familie Raffke".

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Lörrach,** 5. Aug. Heute kam vor dem hiesigen Amtsgericht (Einzelrichter) der Fall des **Bankiers Meyer** wegen **Kapitalflucht** zur Verhandlung. Das Urteil lautete gegen Meyer auf **4 Monate Gefängnis** mit der Aussicht auf Verjährungsfrist. Sein Prokurist erhielt eine Geldstrafe von 4000 M. abzüglich 1000 Mark für erlittene Untersuchungshaft.

DZ. **Konstanz,** 6. Aug. Zu der kürzlich gebrachten Meldung vom Absterben der **Palmen auf der Insel Mainau** teilt der Mainauer Garteninspektor mit, daß der Inhalt der betreffenden Notiz angesichts des freudigen Triebes, des üppigen Blühens und Fruchttragens der in Rede stehenden Palmen mindestens verfrüht erscheint. Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Palmen nicht mehr so üppig und prächtig stehen, als in der Zeit, wo sie noch vor der Winters Strenge geschützt wurden, so sind sie doch immer noch recht ansehnlich und imposant und es ist zu hoffen, daß die Totgesagten noch manches Jahr weiterleben werden. Es ist überhaupt erstaunlich, wie diese Kinder einer südlichen Flora die Härten des Winters so lang und so gut haben überstehen können. Denn noch immer sind die Palmen der Insel Mainau durch ihre Höhe von 12 Metern eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges und sie bedeuten für Deutschland einen dendrologischen Rekord.

Verschiedenes

Das Münchener Oktoberfest

soll in diesem Jahre nach einem Beschluß des sozialdemokratisch-kommunistischen Münchener Stadtratsmehrheit **nicht** stattfinden. Da sich jedoch erheblicher Widerspruch dagegen bereits geltend macht, ist es möglich, daß der Beschluß revidiert wird.

Die Überschwemmungskatastrophe in China

Nach einer Agenturmeldung aus **Peking** sind durch die Überschwemmungen in der Provinz **Petschili** in Nordchina mehr als **3600 Dörfer** vernichtet worden. Die Regierung hat für mehr als **eine Million völlig mittelloser Menschen** zu sorgen. In der Gegend von **Kalgan** sind mehr als **3500 Menschen umgekommen,** unter ihnen eine große Anzahl **Russen,** die sich in einem Pensionat aufhielten, das in den Fluten verschwand.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. August		6. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	162.59	162.51	161.99	162.81
Kopenhagen 100 Kr.	67.33	67.67	68.13	68.47
Italien . . 100 L.	18.50	18.60	18.375	18.475
London . . 1 Pfd.	18.705	18.795	18.71	18.80
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	23.04	23.16	23.19	23.31
Schweiz . 100 Fr.	78.95	79.35	79.10	79.40
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.92	5.94
Prag . . 100 Kr.	12.34	12.40	12.40	12.46

Zuteilung überall 100 Prozent

Karlsruher Börse. 6. August 1924. Abteilung: Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Stimmung ist unverändert fest, auch das Geschäft zeigt wesentliche Belebung. Weizen (alt) 23—23,50, Roggen (alt) 18—18,25, Gerste (alt) 20—20,50, Hafer (alt) 16,75—17,50, Mais ohne Sack 17,75—18, Weizenmehl Mühlenforderung 34—33,50, zweithändig etwa 1 Mk. billiger, Roggenmehl Mühlenforderung 27,50—26,50 GM. je nach Marke, Roggenmehl zweithändig nur unwesentlich billiger. Weizen- und Roggenfuttermehl 13,50—14, Weizen- und Roggenkleie 10,50—11, Weizen- und Roggenkleie Spezialfabrikats entsprechend teuerer, Malzkeime 11—11,50, Biertreber 11 bis 11,50 GM. **Rauhfuttermittel:** unverändert. Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 6,25—6,75, Luzerne 7,25—7,75, Weizen—Roggenstroh drahtgepreßt 4—4,50 GM. alles per 100 Kilo, Mehl und Mühlenfabrikate mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe. **Abteilung: Weine.** Die Stimmung ist zuversichtlicher, die Preise sind unverändert. Da aber die Kapital- und Kreditnot anhält, sind der Unternehmungslust Grenzen gezogen. **Spirituosen:** Nach neutralem Branntwein und Weindestillat besteht Nachfrage bei geringem Angebot. Die Preise für Trinkbranntwein sind gedrückt und stehen in keinem richtigen Verhältnis zu den Notierungen von Weindestillat und Sprit. Nach Kirsch- und Zwetschgenwasser herrscht gegenüber der letzten Woche etwas stärkere Nachfrage; die Preise sind jedoch andauernd nieder. **Abteilung: Kolonialwaren.** Tendenz steigend. Tee gut 6,80, Tee mittel 7,80, Tee fein 9,—, Kaffee roh Santos 4—4,40, Kaffee gewaschen 4,55—6,—, Kaffee gebrannt billigste Mischung 4,80, Kakao billigste Sorten 1,40 bis 1,60, Burmareis 0,40, Graupen 0,35, gelbe Erbsen 0,34, Perlbohnen 0,50, Linsen mittel 0,85, Salatöl 1,30, Schweinefett 1,85, Kristallzucker 0,84 GM., alles per Kilo.

Geschäftsaufsichten. Heinrich Stahl & Co., G. m. b. H. in Mannheim, L. 10, 10 wird aufgehoben, da die Schuldnerin einen genügenden Zwangsvergleichsvorschlag nicht eingereicht hat. — Über die Firma **Weil u. Reinhardt** A.G. in Mannheim, L. 15, 1, ist Geschäftsaufsicht verhängt.

Die Reichs- und Staatsanleihen. Wie die „Voss. Ztg." meldet, trifft die Meldung, wonach eine amtliche Erklärung der **Reichsregierung** über die **Aufwertung** der öffentlichen Anleihen bevorstehe, nicht zu. Auch jetzt hält die Reichsregierung noch daran fest, daß eine Aufwertung ganz unmöglich sei. Auch sei es unrichtig, daß von der Reichsregierung Reichsanleihen in der Newyorker Börse aufgekauft worden seien. Auch die **preußische** Regierung dementiert, daß preußische Anleihen an den In- oder Auslandsbörsen von der Regierung zurückgekauft würden.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 5. Aug. berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts stieg gegenüber dem Stande vom 29. Juli (118,5) **um 1 Prozent** auf 119,7. Für den Durchschnitt des Monats Juli ergibt sich gegenüber dem Vormonat eine **Senkung der Großhandelsindexziffer von 115,9 auf 115,0 oder um 0,8 Prozent.**

Bestimmungen der interalliierten Rheinlandkommission. Der Delegierte der interalliierten Rheinlandskommission in **Kehl** teilt mit: Die Kommission bringt den **Ein- und Ausfuhrhändlern** der besetzten Gebiete nachfolgende, mit Wirkung vom 1. August 1924 in Kraft tretenden Bestimmungen zur Kenntnis: Die vom 1. August 1824 an bis auf weiteres ausgestellten Ein- und Ausfuhrbewilligungen und die gewährten Verlängerungen sind nur 1 Monat gültig, und zwar ohne daß im Falle der Nichtbenutzung dieser Dokumente eine Rückerstattung verlangt werden kann. Die Besitzer der vor dem 1. August 1924 gewährten Bewilligungen und Verlängerungen können für (gänzliche oder partielle) Nichtbenutzung dieser Dokumente die Rückerstattung der darauf lastenden Gebühren spätestens bis zum 15. August 1924 verlangen, wobei jedoch die erhobenen Gebühren nur insoweit zurückerstattet werden, als der Antrag auf Rückerstattung tatsächlich spätestens vor dem 15. August 1924 eingegangen ist. Nach dem 1. August 1924 bis auf weiteres werden die Zu- und Ablaufbewilligungen mit einer Gültigkeitsfrist von nur 1 Monat ausgestellt und zwar ohne die Möglichkeit auf Rückerstattung der Gebühren.

Staatsanzeiger

Sammlungen betr.

Der Katholische Frauenbund sowie der Diözesanverband christlicher Müttervereine und katholischer Jungfrauenvereine erhalten auf Grund der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt S. 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) die Genehmigung, in Baden in der Woche vom 21. bis 28. September 1924 eine Sammlung zugunsten ihrer satzungsgemäßen Zwecke vorzunehmen. Die Sammlung darf erfolgen durch Werbeaufrufe, persönliche Werbeschreiben und Hausbesuche mit Sammellisten.

Karlsruhe, den 4. August 1924.

Der Minister des Innern.
Remmele.

Buchdruckerei und Verlag
G. m. G. Braun b. H.
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlfriedrichstraße 14
Karlsruhe
*
Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei
*
Herstellung von
Werken, Zeitschriften
und Drucksachen
jeder Art
*
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22

Neuphilologe
an höherer Privat-Knabenschule in Heidelberg bei hohem Gehalt sofort gesucht. Energische Herren mit Unterrichtserfahr. wollen sich m. den erforderl. Unterlagen sof. melden unt. Z. M. 587 an **Rudolf Mosse, Mannheim.**

Pferd,
5-jährig, guter Läufer, sowie eine neue Federrolle, 35—40 Ztr. Tragkraft, wegen Anschaffung eines Lastautos sofort zu verkaufen. Offerten unter D. 494 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.

X.199. **Wolfach.** Über die Firma **Josef Kimmst,** Holzwarenindustrie in Haslach i. K., wird die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses auf die Dauer von einem Monat angeordnet und als Aufsichtsperson Bücherrevisor Franz Wagner in Karlsruhe (Kriegsstr. 68) ernannt.

Wolfach, 2. August 1924.
Badisches Amtsgericht.

Verschiedene Bekanntmachungen

Umbau der Wegunterführungen bei Km. 29,5 westlich und Km. 30,5 östlich der Station Eutingen nach den vorläufigen Verdingungsvorschriften der Reichsbahndirektion Karlsruhe öffentlich zu vergeben. Die Arbeiten umfassen etwa: A. bei westl. Unterführung: 250 cbm Bodenaushub, 180 cbm Mauerabbruch, 177 cbm Bruchsteinmauerwerk, 14 cbm Quadermauerwerk, 28 cbm Zementbeton, 3 cbm Eisenbeton und 70 qm Abdichtung. B. bei östl. Unterführung: 120 cbm Bodenaushub, 208 cbm Mauerabbruch, 150 cbm Bruchsteinmauerwerk, 11 cbm Quadermauerwerk, 20 cbm Zementbeton und 47 qm Abdichtung. Bedingnisheft und Zeichnungen auf dem Baubüro in Pforzheim, Luisenstraße 2, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Angebote mit entsprechender Aufschrift spätestens bis **Donnerstag, den 21. August ds. Js., vormittags 11½ Uhr,** verschlossen und postfrei bei dem Baubüro in Pforzheim einzureichen. X.216

Karlsruhe, 4. August 1924.
Bahnbauinspektion I.

Nach den vorläufigen Verdingungsvorschriften der Reichsbahndirektion Karlsruhe 735 lfd. m Rohrgraben und Stahlmuffenröhren von 40 bis 250 mm l. W. samt Formstücken, Schiebern und Hydranten für den Abstellbahnhof Freiburg öffentlich zu vergeben. Angebotsvordrucke mit Preisaufteilung gegen 2.50 Mk. Gestehungskosten auf Zimmer 5 Wilhelmstr. 19 erhältlich: nach Auswärts Abgabe nur gegen gebührenfreie Voreinsendung des Betrags von 2.50 Mk. Bedingnisheft und Pläne liegen zur Einsicht auf. Ausgefüllte Angebotsvordrucke mit Preisaufteilung bis längstens **Samstag, den 9. August 1924, vormittags 10 Uhr,** postfrei und verschlossen mit der Aufschrift „Wasserleitung im Abstellbahnhof" bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. X. 172

Freiburg, 1. August 1924.
Bahnbauinspektion.

Das Wildseemoor bei Kaltenbronn
im Schwarzwald
ein Naturschutzgebiet
von
Dr. Karl Müller
Direktor des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg und der Hauptstelle für Pflanzenschutz in Baden
Mit 1 Karte und 28 Abbildungen
Preis geheftet Mk. 4.—, gebunden Mk. 5.50
Verlag G. Braun, G. m. b. H. in Karlsruhe

Druck G. Braun, Karlsruhe.